

AARGAU – Kommentare 2012

Q	Kommentar
44.1	<ul style="list-style-type: none">- Reduktion der Friedensrichterkreise von heute 50 auf neu 17 Kreise vorgesehen per 01.01.2013- Neuorganisation der Bezirksgerichte per 01.01.2013: weiterhin 11 Bezirksgerichte, aber mit je 5 Abteilungen (Zivil-, Straf-, Familien-, Arbeits- und Jugendgericht); Integration der Arbeits- und Jugendgerichte, Neuschaffung der Familiengerichte als Teil der Bezirksgerichte- Familiengerichte: Zuständigkeit für alle familienrechtlichen Verfahren sowie für die Verfahren betreffend Kindes- und Erwachsenenschutzrecht (bisheriges Vormundschaftsrecht)- Neuorganisation der Justizleitung per 01.01.2013
56.4	<p>Im Kanton Aargau gibt es 1 Leitenden Oberstaatsanwalt und zusätzlich 3 Oberstaatsanwälte (davon 1 Oberstaatsanwältin mit einem Pensum von 60%). Es gibt 6 regionale Staatsanwaltschaften und 1 Staatsanwaltschaft für Wirtschaftsdelikte mit je 1 Leitenden Staatsanwalt (davon 2 Leitende Staatsanwältinnen). Alle Staatsanwältinnen und -wälte sowie alle Oberstaatsanwältinnen und -anwälte sind sowohl vor der 1. wie auch vor der 2. Instanz legitimiert.</p>
58a	<p>Assistenzstaatsanwältinnen und -anwälte. Diese führen auf Anweisung der Staatsanwälte Untersuchungshandlungen, insbesondere Zeugeneinvernahmen und Übertretungsverfahren durch. Die Leitungen können sie ermächtigen, im Einzelfall oder in bestimmten Verfahren Untersuchungshandlungen auszuführen.</p>

APPENZEL AUSSERRHODEN– Kommentare 2012

Q	Kommentar
49	Die Laienrichter erhalten im Kt. AR in der 1. Instanz eine jährliche Entschädigung in Höhe von CHF 4'000,- + Sitzungsgeld + Spesen; in der 2. Instanz sind es CHF 5'000,- + Sitzungsgeld + Spesen (Art. 8 der Besoldungsverordnung für die gerichtlichen Organe, bGS 145.12).
60	7 Personen teilen sich 370 Stellenprozente. 240 Stellenprozente entfallen auf das Erwachsenenstrafrecht, 130 Stellenprozente entfallen auf das Jugendstrafrecht.
60.1	Es gibt im Kt. AR nur eine Staatsanwaltschaft. Mit dem Inkrafttreten der Eidg. StPO wurde vom Verhör – bzw. Untersuchungsrichtersystem auf das Staatsanwaltschaftssystem umgestellt.
94.8	Die Angaben unter 94.8 entsprechen dem Total Straffällen (es ist nicht möglich schwere Straffälle von Bagatellfällen zu unterscheiden).
97.11– 14	<u>Abteilungsfälle</u> (ohne SchKG-Fälle und ohne Strafsachen): Hängige Fälle am 1.01.: 17 Eingänge: 12 Erledigungen: 12 Hängige Fälle am 31.12.: 17 <u>Einzelrichter 2. Instanz</u> (ohne Strafsachen und ohne SchKG-Fälle): Hängige Fälle am 1.01.: 14 Eingänge: 66 Erledigungen: 65 Hängige Fälle am 31.12.: 11
97.13a	Abteilungsfälle : 7 Einzelrichterfälle: 8
97.13b	Abteilungsfälle : 0 Einzelrichterfälle: 2
97.13c	Abteilungsfälle : 1 Einzelrichterfälle: 2
97.13d	Abteilungsfälle : 0 Einzelrichterfälle: 17
97.13e	Abteilungsfälle : 4 Einzelrichterfälle: 41
97.2	Ab dem 1.01.2011 ist das Kantonsgericht (1. Instanz) für nichtstreitige Zivilverfahren zuständig.
97.6	Alle Zahlen stellen Abteilungs- und Einzelrichterfälle dar.
101.13	Abteilungs- und Einzelrichterfälle
101.2	Es gibt nur eine Rubrik "Arbeitsvertragsrecht".
101.33	Abteilungsfälle : 0 Einzelrichterfälle: 180
102a.2 + 102.a4	Die Prozessdauer ist nur für xxx Zivilverfahren vorhanden.

Bern – Kommentare 2012

Q	Kommentar
13	Budget = Aufwand Die Abweichung zu 2010 begründet sich mit der Reorganisation der Staatsanwaltschaft im Rahmen der Justizreform (Umwandlung der Untersuchungsrichterämter in Staatsanwaltschaften).
42.2	Jugend-, Wirtschaftsstraf-, Zwangsmassnahmen- und Handelsgericht; Steuerrekurskommission, Rekurskommission für Massnahmen gegenüber Fahrzeugführern, Enteignungsschätzungskommission, Bodenverbesserungskommission;
42.3	<ul style="list-style-type: none"> - Schlichtungsbehörden (4 Regionen; Berner Jura-Seeland hat ausserdem 1 Aussenstelle in Moutier) - Regionalgerichte (4 Regionen; Berner Jura-Seeland hat ausserdem 1 Aussenstelle in Moutier und ist in Biel auf 2 Gebäude verteilt; die Region Bern-Mittelland ist auf 2 Gebäude verteilt) - kantonale erstinstanzliche Gerichte (3, nämlich Jugendgericht, Wirtschaftsgericht, kantonales Zwangsmassnahmengericht) - Obergericht (inkl. Handelsgericht) - Verwaltungsgericht - der adm. Aufsicht des Verwaltungsgericht unterstehende erstinstanzliche Beschwerdebehörden (4, nämlich Steuerrekurskommission, Rekurskommission für Massnahmen gegenüber Fahrzeugführern, Enteignungsschätzungskommission, Bodenverbesserungskommission)
43.12a	Gemäss den "Explanatory Note" müsste das Total von Frage 43 mit demjenigen von 42.2 übereinstimmen. Da 42.2 jedoch im Gegensatz zu 43 ausschliesslich die erstinstanzlichen Gerichte betrifft (vgl. 43.9), scheint dies keinen Sinn zu ergeben. Bei den Fragen 42 und 43 wurden deshalb jeweils zur Erklärung die betroffenen Gerichte aufgeführt.
47	Ausschliesslich Zahlen der Zivil- und Strafgerichtsbarkeit (d.h. ohne Verwaltungsgericht)
52.2a	Diese Zahlen beinhalten nicht die Lernenden und PraktikantInnen.
52.5	Im Total nicht enthalten ist das Reinigungspersonal
60.1	Umsetzung der vollständigen Selbstverwaltung der Gerichtsbarkeit und Staatsanwaltschaft im Kanton Bern mit direktem Budgetantrag an das Parlament. Reduktion von 13 auf 4 Gerichtsregionen. Einführung der Schlichtungsbehörden und des Staatsanwaltschaftsmodells. Einführung der eidgenössischen Prozessordnungen.
64	Elektronische Geschäftsverkehr: abweichende Antworten zu Q 64: 64.1. = 0% 64.3 = 100 % 64.7 = 0%
76	Verfassungs- und Rechtsbindung, institutionelle Unabhängigkeit, richterliche Unabhängigkeit in der Entscheidungsfindung, faire Verhandlungsführung (willkürfrei und sachgerecht), sachgerechte Verhandlungsplanung und -leitung, verständliche Kommunikation, zeitgerechter Entscheid
81.1	Zivil- und Strafgerichtsbarkeit: Evaluation der Halbjahres- und Jahreszahlen,

	<p>der Halbjahres- und Jahresberichte. Evaluation von spezifischen Fallwerten und Untersuchungen nach Bedarf. Inspektionen vor Ort. Beim Verwaltungsgericht erfolgt vierteljährlich eine Evaluation.</p>
83.1	<ul style="list-style-type: none"> - Monatlicher Bericht der Staatsanwälte an die leitenden Staatsanwälte über den Stand der Verfahren. - Die Generalstaatsanwaltschaft enthält 2x jährlich eine Auswertung der Geschäftszahlen mit Darstellung der jährigen, überjährigen und über vierjährigen Verfahren. - Wenn gewisse Kriterien erfüllt sind, muss der zuständige Staatsanwalt eine Fallplanung erstellen (Darstellung der bisherigen und künftigen Untersuchungshandlungen)
91.1 - 91.7	<p>Die Eingänge werden nach Verfahrensarten und Rechtsgebieten, die Erledigungen nach Erledigungsarten ausgewertet. Soweit überhaupt möglich, würde eine Handabfrage nach Rechtsgebieten und Erledigung zur Zeit jeden zeitlichen Rahmen sprengen. Die Angaben erfolgen deshalb nur, soweit einfach auswertbar.</p>
94.8	<p>Der massive Unterschied zu den Zahlen der letzten Umfragen ergibt sich daraus, dass zuvor keine Unterscheidung zwischen schweren und nicht-schweren Straffällen getroffen wurde. Kriterium zur Bestimmung der schweren Straffälle --> Kollegialgericht (diese haben sich von der Anzahl gegenüber den letzten Umfragen nicht gross verändert).</p>
E1	<p>Die Staatsanwälte werden mit öffentlich-rechtlichem Vertrag auf Kündigung angestellt. Der Generalstaatsanwalt und seine Stv sind auf Amtsdauer (6 Jahre, erneuerbar) gewählt.</p>
H1	<p>Im Kanton Bern wurden auf den 1.01.2010 die Betreibungs- und Konkursämter (BAKA) regionalisiert. Es gibt im Kanton bloss noch 5 BAKA. Ausser im Jura bernois, der eine kleine Einheit darstellt, umfasst jedes BAKA mind. 1 Dienststelle (Dst) BA und eine Dst KA. Bis Ende 2009 gab es 4 regionale BAKA und theoretisch in jedem Amtsbezirk (26 Stück) je eine oder zwei Dst. Auf den 1.01.2011 wurde die Gerichtsbarkeit ebenfalls reorganisiert. Die erstinstanzlichen Zivil- und Strafgerichte wurden von 13 Einheiten auf 4 regionale Gerichte reduziert. Das Regionalgericht Berner Jura – Seeland verfügt als einziges über eine Aussenstelle, nämlich im Berner Jura. Völlig umgestaltet wurden die Strafbehörden, die sich nach der neuen schweiz. stopp organisieren mussten. Insbesondere wurden die bisherigen Untersuchungsrichterämter in die Staatsanwaltschaft integriert.</p>

Confédération – Commentaires 2012

Q	Commentaires
D2	<ul style="list-style-type: none">- Aux 246 nouvelles affaires du MP Conf., il faut ajouter aussi les 759 affaires de masse, dont 755 ont été liquidées mais dont le mode de liquidation n'est pas publié (RG MP Conf. 2012).- Le nombre d'affaires liquidées est plus grand que le nombre de nouvelles affaires en raison des affaires reportées de l'année précédente.



Genève, le 17 février 2014

CEPEJ – Enquête ECEJ-2012

Commentaires complets et additionnels

Ce document reprend les commentaires dont le nombre de caractères dépasse la taille allouée dans le questionnaire en ligne de l'Enquête sur l'évaluation de la justice (ECEJ-2012). Certains commentaires additionnels ont également été ajoutés pour une meilleure compréhension.

- **Question 6.7a - Si "autres" (Q 6.7), veuillez le préciser**

Des comptes annuels du PJ (142'298'260 CHF), nous avons soustrait les charges du Ministère public (31'927'401 CHF), de l'assistance juridique (12'833'956 CHF), du greffe de l'assistance juridique (1'433'782 CHF), ainsi que le budget du secrétariat général, des services centraux et des greffes transversaux (11'766'457 CHF).

- **Question 14.8a - Si "autre" département et/ou organisme d'inspection et/ou autre, veuillez préciser (au regard de la question 12)**

14.7. Organe d'inspection: ICF, Cour des Comptes

14.8. Autre: Commission de gestion du pouvoir judiciaire, organe de gouvernance chargé de gérer et d'organiser le pouvoir judiciaire, composé du procureur général, de 3 magistrats élus par les présidents de juridiction et 1 membre du personnel du pouvoir judiciaire (art. 41 al. 1 let. a de la loi genevoise sur l'organisation judiciaire, LOJ).

- **A2 - Vous pouvez indiquer ci-dessous i) tout commentaire utile à l'interprétation des données indiquées dans ce chapitre, ii) les caractéristiques de votre système budgétaire et les réformes majeures mises en œuvre au cours des deux dernières années**

La commission de gestion du pouvoir judiciaire soumet son projet de budget au Conseil d'Etat (gouvernement cantonal). Si celui-ci l'approuve, il est soumis au Grand Conseil (pouvoir législatif) et défendu conjointement. En cas de désaccord, les deux projets de budget sont soumis à la commission des finances du Grand Conseil, qui arbitre (art. 121 Cst/GE).

- **Question 38. Votre canton a-t-il mis en place des enquêtes auprès des professionnels de la justice et des usagers des tribunaux pour mesurer leur confiance dans la justice et leur degré de satisfaction par rapport au service rendu?**

Commentaire additionnel: le pouvoir judiciaire a mené trois enquêtes de satisfaction, à chaque fois auprès des avocats d'une part et des justiciables d'autre part, tous les 6 ans. Il y renonce jusqu'en 2015 en raison des réformes importantes de la justice intervenues depuis 2011.

- **Sources des questions 46, 48, 49 et 52**

Direction des ressources humaines du pouvoir judiciaire, compte rendu 2012 de l'activité du pouvoir judiciaire



Genève, le 17 février 2014

- **C4 - Vous pouvez indiquer ci-dessous i) tout commentaire utile à l'interprétation des données indiquées dans ce chapitre, ii) les caractéristiques des systèmes de suivi et d'évaluation des tribunaux**

Les présidents de juridiction reçoivent de manière trimestrielle des tableaux de bord émanant du contrôle de gestion du secrétariat général du pouvoir judiciaire, contenant des indicateurs divers en matière de gestion des ressources humaines et de suivi de l'activité judiciaire.

Le conseil supérieur de la magistrature effectue des contrôles semestriels individualisés (par magistrat) sur la base des statistiques établies par le contrôle de gestion du secrétariat général du pouvoir judiciaire et des commentaires fournis par le président de chaque tribunal et, pour le Ministère public, du procureur général.

Le conseil supérieur de la magistrature est composé de la présidente de la Cour de justice (tribunal cantonal), du procureur général, de 4 magistrats ou anciens magistrats, de 3 membres désignés par le Conseil d'Etat (gouvernement cantonal) et de 2 avocats au barreau.

- **Question 91.1**

Commentaire additionnel: affaires administratives de première instance, manquent les procédures dont la chambre administrative de la Cour de justice connaît en première instance dans différents domaines. Elles sont intégrées au point 97.

- **Question 95 - La classification entre affaires pénales graves et petites infractions peut être difficile. Certains cantons peuvent connaître d'autres voies de traitement des petites infractions (par exemple par le droit pénal administratif). Veuillez indiquer, si possible, les affaires incluses dans la catégorie autres contraventions**

Le Tribunal de police (TP et TDP) juge en première instance les auteurs d'infractions pénales.

1. Infractions à propos desquelles le Ministère Public entend requérir une amende, une peine pécuniaire, un travail d'intérêt général ou une peine privative de liberté de 2 ans maximum.
2. Oppositions aux ordonnances pénales du Ministère Public.
3. Oppositions aux contraventions.
4. Opposition aux ordonnances de confiscation du Ministère Public.
5. Exécution anticipée des peines et des mesures (la direction de la procédure peut autoriser le prévenu à exécuter de manière anticipée une peine privative de liberté).

Le Tribunal correctionnel (TCO) juge en première instance les auteurs d'infractions pénales.

1. Infractions à propos desquelles le Ministère Public entend requérir une peine privative de liberté supérieure à 2 ans, mais ne dépassant pas 10 ans.
2. Exécution anticipée des peines et des mesures (la direction de la procédure peut autoriser le prévenu à exécuter de manière anticipée une peine privative de liberté).

Le Tribunal criminel (TCR) juge en première instance les auteurs d'infractions pénales.

1. Infractions à propos desquelles le Ministère Public entend requérir une peine privative de liberté supérieure à 10 ans.
2. Exécution anticipée des peines et des mesures (la direction de la procédure peut autoriser le prévenu à exécuter de manière anticipée une peine privative de liberté).



Genève, le 17 février 2014

- **Question 96 - Commentaires relatifs aux questions 90 à 95 (situation particulière dans votre canton par exemple réponses NA, etc...)**

En 2012, 20% de procédures sorties au TDP étaient des jugements avec une peine privative de liberté. Nous considérons donc comme des affaires pénales graves des procédures du TCR (tribunal criminel), TCO (tribunal correctionnel) et 20% des procédures du TDP (tribunal de police).

- **Question 97.1d**

Commentaire additionnel: sont comptabilisées ici les procédures de l'autorité de surveillance des offices de poursuite et de faillite (et non pas les procédures civiles en lien avec les faillites, concordats ou mainlevée d'opposition).

- **Question 115**

Commentaire additionnel: le pouvoir judiciaire genevois regroupe l'ensemble des autorités judiciaires du canton, y compris le Ministère public. L'administration du pouvoir judiciaire et de l'ensemble des autorités judiciaires est autonome. Elle est dirigée et organisée par la commission de gestion du pouvoir judiciaire, composée du procureur général, qui la préside, de trois magistrats appartenant chacun à une filière (civile, pénale et administrative) différente et d'un membre du personnel. La commission de gestion du pouvoir judiciaire est l'employeur de l'ensemble du personnel, Ministère public compris. Les magistrats du Ministère public ont le même statut que les juges du siège des autres juridictions : ils sont élus par le peuple et sont soumis à la surveillance du conseil supérieur de la magistrature. Le procureur général dirige et organise la juridiction.

- **E1 - Vous pouvez indiquer ci-dessous i) tout commentaire utile à l'interprétation des données indiquées dans ce chapitre, ii) les caractéristiques de votre système de sélection et de nomination des juges et des procureurs et les réformes majeures mises en œuvre au cours des deux dernières années**

Tous les magistrats du pouvoir judiciaire genevois, procureurs compris, sont élus par le peuple tous les six ans (art. 122 al. 1 Cst/GE), à l'exception des juges prud'hommes, élus tous les six ans par le Grand Conseil (art. 123 al. 1 Cst/GE). En cas de vacance d'une charge de magistrat pendant le mandat de 6 ans, le Grand Conseil procède à une élection complémentaire – à l'exception des juges prud'hommes (art. 119 al. 1 de la loi genevoise sur l'exercice des droits politiques, LEDP). Le conseil supérieur de la magistrature évalue les compétences des candidats et délivre des préavis, favorables ou défavorables, à l'égard des candidatures (art. 16 al. 3 de la loi genevoise sur l'organisation judiciaire, LOJ).

Le conseil supérieur de la magistrature est l'autorité de surveillance de l'ensemble des magistrats. Autorité disciplinaire, il peut prendre différentes sanctions à son égard, jusqu'à la destitution (art. 20 al. 1 let. d LOJ). Il peut également prendre des mesures non disciplinaires, comme d'enjoindre un magistrat de compléter sa formation ou de le relever de sa charge, par exemple pour raison de santé (art. 21 LOJ). Les décisions du conseil supérieur de la magistrature peuvent faire l'objet d'un recours auprès de la Cour d'appel du pouvoir judiciaire, juridiction ne comportant aucun magistrat de carrière, mais dont les membres sont également élus par le peuple (art. 135 à 139 LOJ).



Genève, le 17 février 2014

- **E2 - Vous pouvez indiquer ci-dessous i) des commentaires sur l'attention portée dans les curricula à la Convention européenne des Droits de l'Homme et à la jurisprudence de la Cour, ii) les caractéristiques de votre système de formation des juges et des procureurs et les réformes majeures mises en œuvre au cours des deux dernières années**

Formation : Le pouvoir judiciaire dispose d'un secteur formation au sein de sa direction des ressources humaines, qui met en œuvre les formations sollicitées par les différentes autorités judiciaires ou par la Conférence des présidents de juridiction, organe chargé de veiller à la formation continue des magistrats (art. 45 let. c LOJ). Les magistrats suivent en outre les séminaires et journées de formation externes utiles, en concertation avec le président de leur juridiction.

Réforme : à l'instar de plusieurs cantons suisses, le canton de Genève sort d'une réforme complète de son organisation judiciaire, principalement rendue nécessaire pour mettre en œuvre des réformes menées au niveau national, consistant à unifier les procédures civile et pénale et à appliquer le nouveau droit de la protection de l'adulte et de l'enfant.

- **F1.1 - Commentaires utiles à l'interprétation des données indiquées dans ce chapitre**

Les avocats ont le monopole sous réserve de la représentation dans les litiges des baux et loyers (représentation autorisée par l'association des locataires), en matière de droit du travail et en matière administrative.

Un mandataire professionnellement qualifié peut représenter un client en matières civiles (notamment en procédure prud'homale) ou administrative (notamment en matière de constructions par exemple).

- **G1 - Vous pouvez indiquer ci-dessous i) tout commentaire utile à l'interprétation des données indiquées dans ce chapitre, ii) les caractéristiques de votre système de mesures alternatives au règlement des litiges et les réformes majeures mises en œuvre au cours des deux dernières années**

A Genève, l'exercice de la fonction de médiateur est soumis à une autorisation du Conseil d'Etat et ses conditions d'exercice sont définies à l'article 67 LOJ (E205). L'inscription sur le tableau des médiateurs et institutions de médiation près des tribunaux genevois offre la garantie que les personnes y figurant remplissent les conditions légales: elles ont une formation professionnelle adéquate, ont prêté serment devant le Conseil d'Etat, sont de par la loi tenues au secret et au respect des règles de déontologie.

- **Question 170a - Veuillez indiquer la source de la réponse à la question 170**

L'huissier judiciaire est un officier ministériel au même titre qu'un notaire. Il est nommé et assermenté par le Conseil d'Etat. C'est une profession libérale indépendante. Elle est en outre soumise au "numerus clausus" qui est de 9 huissiers pour le canton de Genève. La profession d'huissier judiciaire n'existe qu'à Genève et est issu du Code Napoléon. L'huissier judiciaire a le monopole des ventes aux enchères volontaires à Genève, il procède à des inventaires estimatifs ou quantitatifs, il dresse les protêts pour effets de change, exécute les jugements et saisies provisionnelles, signifie les actes judiciaires et sous seing privé et enfin dresse les procès-verbaux de constats de toutes natures.

http://www.ge.ch/huissiers_judiciaires/



Genève, le 17 février 2014

- **Question 200 et 200a - Existe-t-il des critères relatifs à la qualité de l'interprétation dans les tribunaux? Si oui, précisez**

Les tribunaux sont libres de recourir aux traducteurs-interprètes de leur choix. Le pouvoir judiciaire dispose en l'état d'une directive se limitant à fixer leur rémunération.

Pour un certain nombre d'audiences ou d'actes, ils choisissent de recourir aux services de "traducteurs-jurés". Pour être autorisées à porter le titre et à exercer l'activité de traducteur-juré dans le canton, les personnes remplissant les conditions légales et réglementaires doivent être assermentées par le Conseil d'Etat. L'assermentation peut être sollicitée pour 4 langues au maximum.

<http://www.ge.ch/traducteurs/conditions.asp>

Loi sur les traducteurs-jurés (LTJ) I 2 46. Règlement d'application de la loi sur les traducteurs-jurés (RTJ) I 2 46.01.

Glarus

Question	Commentaire
13	Neu inkl. Jugendanwaltschaft und inkl. Amt für Administrativmassnahmen im Strassenverkehr
15.2	8. keine eigentliche Stelle 9. Keine eigentliche Stelle
47	Hier wurde auch der Obergerichtspräsident mitgezählt, obwohl nur 50%-Pensum (siehe Q48)
52	Ink. Sekretär Steuerkommission
91.1	Nur streitige Fälle gerechnet (einvernehmliche Scheidungen (50 erledigt) nicht mitgerechnet.
91.1 & 91.1e	Total aller streitigen Zivilfälle; Separierung nicht möglich
107	2012: Neu inkl. Übertretungen; 2010 war für Beurteilung von Übertretungen noch dem Präsident der Strafkammer des Kantonsgericht (1. Instanz) zuständig.
115	Unter der administrativen Obhut (des Vorstehers) des Justizdepartements
132	Im Kanton Glarus beziehen nur die beiden Präsidenten des Kantonsgerichts (1. Instanz) einen Lohn; die übrigen Richter erhalten für die Teilnahme an Sitzungen Taggelder.
132.1	Ohne Arbeitgeberbeitrag
132.1.3	Ohne Arbeitgeberbeitrag Im Kanton Glarus hat nur der Präsident ein Gehalt; übrige Richter werden mit Taggelder entschädigt.
132.1.4	50%-Pensum des Obergerichtspräsidenten; Lohn hier aufgerechnet auf 100%-Pensum.

Jura – Commentaires 2012

Q	Commentaires
6.7	<p>Le canton du Jura ne connaît pas l'institution de juges de paix.</p> <p>Les charges sociales sont indiquées de façon globale dans le budget. Il n'est dès lors pas possible d'indiquer les salaires bruts des magistrats, du personnel, des juges non permanents, etc.</p> <p>Autre: frais de littérature spécialisée (bibliothèque), de cotisations à des associations et fournitures de bureau.</p>
C1	<p>Loi d'organisation judiciaire (RSJU 181.1), Loi instituant le Conseil de prud'hommes (RSJU 182.34), Loi instituant le Tribunal des baux à loyer et à ferme (RSJU 182.35), Loi d'introduction du Code de procédure civile suisse (LiCPC; RSJU 271.1), Loi d'introduction du Code de procédure pénale suisse (LiCPP; RSJU 321.1).</p>
54	<p>Le personnel de nettoyage est affecté à un autre service de l'administration cantonale. Les tribunaux ne bénéficient pas d'un service informatique propre, mais utilise les ressources du Service de l'informatique rattaché au Département de l'Environnement et de l'Equipement.</p>
C4	<p>Sources utilisés pour les réponses aux questions 46, 48, 49 et 52: Rapport du Tribunal cantonal 2012 et renseignements pris auprès des instances concernées (Tribunal de première instance, Tribunal des mineurs).</p> <p>Les Tribunaux, exceptés le Tribunal des mineurs utilisent le programme Tribuna pour la gestion des affaires.</p> <p>Les Tribunaux disposent depuis l'entrée en vigueur du CPP et CPC d'une adresse électronique avec signature électronique. Elle est opérationnelle, mais n'a pas encore été utilisée à ce jour. Quelques formulaires sont disponibles en ligne sur le site Internet des instances judiciaires.</p>
96	<ul style="list-style-type: none"> - Infractions graves = affaires traitées par le Tribunal pénal = lorsque le Ministère public requiert une peine privative de liberté supérieure à 2 ans. - Petites infractions = affaires traitées par le juge pénal = lorsque le Ministère public requiert une peine privative de liberté inférieure à 2 ans. - Les affaires traitées par le juge des mesures de contrainte ne sont pas incluses dans ces statistiques.
98.9c	<ul style="list-style-type: none"> - Pas de distinction entre infractions graves et petites infractions en seconde instance. - Les affaires traitées par la Chambre pénale des recours ne sont pas comprises dans ces statistiques (= affaires susceptibles de recours selon 393 CPP). - Autres affaires = affaires traitées par la Cour des assurances.
149	<p>Mandataires professionnellement qualifiés pour les affaires administratives (art. 17 al. 1 let. b Cpa, RSJU 175.1), les représentants professionnels selon l'art. 68 al. 2 let. c CPC, syndicats et représentants des bailleurs / locataires pour CPH et TBLF (art. 68 al. 2 let. d CPC, art. 26 LiCPH, RSJU 182.34 et art. 32 LiTBLF, RSJU 182.35).</p>
H2	<p>Le Service juridique gère l'exécution des peines et mesures prononcées par les autorités judiciaires jurassiennes – à l'exception du tribunal des mineurs – et celles déléguées par d'autres cantons (Ordonnance concernant l'exécution des peines et mesures, RSJU 341.11).</p>

LUZERN – Kommentare 2012

Q	Kommentar
A.2	Die Justizreform hatte Einfluss auf Kosten der amtlichen Verteidigung, die unter unentgeltlichen Rechtspflege ausgewiesen werden sowie auf Haftkosten.
42.2	Kriminalgericht, Arbeitsgericht, Zwangsmassnahmengericht, Jugendgericht
43.10	Kein eigenständiges Sozialversicherungsgericht. Sozialversicherungsrechtsfälle werden in der sozialversicherungsrechtlichen Abteilung des Verwaltungsgerichts (2. Instanz) erledigt.
43.12	Kriminalgericht, Zwangsmassnahmengericht, Jugendgericht, Schätzungskommission in Enteignungssachen
44.1	Per 01.01.2011 wurden die Gerichtsstrukturen der erstinstanzlichen Gerichte geändert. - Per 01.06.2013 wurden die Gerichtsstrukturen der zweitinstanzlichen Gerichte geändert (Fusion von Obergericht und Verwaltungsgericht zum Kantonsgericht)
45.2	Arbeitsgericht
45.3	Kriminalgericht
59.1	Teilweise spezialisierte Ausbildung innerhalb der Abteilung sowie bei der Staatsanwaltschaft 4 bei besonderen Delikten.
60.1	Per 01.01.2011: Wechsel vom Untersuchungsrichter-Modell zum Staatsanwaltschafts-Modell wegen dem Inkrafttreten der gesamtschweizerischen StPO.
121.12	Erstinstanzliche Gerichte: Poolrichter können aus organisatorischen Gründen (Geschäftslast) an geografisch andere Gerichte zugeteilt werden. Zweitinstanzliche Gerichte: Durch Konstituierung ist theoretisch die Versetzung von Richtern in eine andere Abteilung möglich.
F.1.1	Verwaltungsprozesse: Kein Monopol in Streitsachen, welche öffentlich-rechtliche Abgaben, Schätzungen oder die Sozialversicherung betreffen.
156.4	Der Anwalt hat mit seinem Klienten ein Honorar zu vereinbaren oder es gilt der übliche Stundensatz. Bei der gerichtlichen Festsetzung der Parteikosten findet die Verordnung über die Kosten in zivil-, straf- und verwaltungsgerichtlichen Verfahren Anwendung.

Neuchâtel Commentaires 2012

Question	Commentaire
6.7	Le budget du pouvoir judiciaire n'est pas effectué selon les principes de la comptabilité analytique raison pour laquelle il n'est pas possible de répondre aux questions 6.2, 6.4 et 6.5. Les services centraux de l'Etat fournissent des prestations au pouvoir judiciaire, sans facturation. Point 6.1 : l'addition des points 6.1.a à 6.1.d n'équivaut pas au total de 6.1. Cette différence est due aux montants des salaires qui sont nets (et non bruts comme demandé dans le questionnaire), les charges sociales faisant l'objet d'une autre rubrique budgétaire. Il n'est pas possible de distinguer les charges sociales des magistrats par rapport au personnel judiciaire.
9	Les amendes ne sont pas incluses dans le budget des autorités judiciaires. Les émoluments judiciaires perçus par celles-ci en 2012 se montent à (1 ^{ère} et 2 ^{ème} instance et ministère public) 2.141.175 CHF
14.8.a	La commission administrative des autorités judiciaires (CAAJ) est l'organe de gestion, d'administration et de représentation des autorités judiciaires. Le pouvoir judiciaire neuchâtelois est autonome depuis le 1 ^{er} janvier 2011 et cet organe présente son budget directement au législatif pour approbation. C'est également la CAAJ qui est compétente pour présenter les comptes au Grand Conseil pour approbation.
A2	Les autorités judiciaires neuchâteloises sont autonomes et, dans ce cadre, doivent établir leur budget, dans le cadre de celui de l'Etat (art. 63 OJN). A ce titre, elles transmettent directement leur budget à l'organe législatif pour approbation. Toutefois, le rôle de l'exécutif n'est pas encore parfaitement clair, notamment quant à savoir s'il doit donner sa position sur le budget proposé au Grand Conseil par les autorités judiciaires.
A2.3	6) budget annuel 2012 de l'Etat de Neuchâtel, adopté par le Grand Conseil le 05.12.2012. 9) comptes annuels 2012 de l'Etat de Neuchâtel. 12) budget annuel 2012 de l'Etat de Neuchâtel, adopté par le Grand Conseil le 05.12.2012
15.1	20.855.534 CHF. Ce budget comprend le secrétariat général, les tribunaux régionaux, le Tribunal cantonal et le ministère public.
15.2	Neuchâtel n'a pas la comptabilité analytique et une partie de son administration est gérée par les services centraux de l'Etat. Il est cependant impossible d'en déterminer la part. En outre, les différents acteurs du système judiciaire sont répartis dans différents départements, comme le SMG, le SPEN ou le SPAJ.
48.1	Un poste de magistrat suppléant est alloué aux 3 membres de la CAAJ, qui sont des magistrats libérés à concurrence de 100% pour les trois pour mener des tâches administratives. Un budget forfaitaire de 300.000 CHF est alloué aux juges suppléants qui remplacent pendant une période donnée les juges malades ou absents pour une autre raison.
C1	A Neuchâtel, il y a un secrétaire général qui supervise les 7 greffes du ministère public, des tribunaux de 1 ^{ère} instance et du Tribunal cantonal. A chaque greffe, il y a un greffier chargé de la supervision de son secrétariat. L'informatique, le nettoyage et autres services centraux sont fournis par l'Etat.
C1	Sources utilisées pour les réponses aux questions 46, 48, 49 et 52 : Secrétariat général des autorités judiciaires et site internet des autorités judiciaires : http://www.ne.ch/Pages/accueil.aspx

60.1	Le ministère public à Neuchâtel fait partie intégrante des autorités judiciaires. Le budget des autorités judiciaires comprend ainsi le ministère public. Certains procureurs sont spécialisés comme dans le domaine des stupéfiants et de la criminalité économique. Toutefois, les 11 procureurs sont censés traiter tous les domaines du droit et la spécialisation n'est pas institutionnalisée. Depuis la réforme fédérale entrée en vigueur le 01.01.2011, il n'y a pas eu de changement législatif majeur. Le nouveau CPP a cependant engendré un travail supplémentaire de la part du ministère public, avec davantage de compétences et une procédure plus lourde. En conséquence, le budget 2014 prévoit une augmentation du nombre de juristes et de secrétaires.
82.1 & 83.1	Le Conseil de la magistrature est responsable de la surveillance des magistrats (LMSA) et organise à ce titre des inspections annuelles des différents sites. A cette occasion, le travail des magistrats est évalué de même que la situation des différents greffes. Toutefois, il n'y a pas à Neuchâtel de système d'évaluation institutionnalisé et décrit dans un processus. Le Conseil de la magistrature est un organe mixte, composé de magistrats, de députés et d'avocats, chargés notamment de la surveillance de la magistrature.
91	Le canton de Neuchâtel ne distingue pas entièrement dans ses statistiques les procédures civiles contentieuses des non contentieuses. Même en additionnant les affaires contentieuses avec les affaires non contentieuses, les statistiques obtenues n'ont pas grand sens dans la mesure où une grande partie des dossiers ouverts selon l'APEA durent toute la vie des justiciables. En outre, les statistiques disponibles ne permettent pas d'identifier la date de clôture de la plupart des affaires non contentieuses. En annexe de ce questionnaire, vous trouverez des tableaux de statistiques, avec les calculs de clearance rate et durée moyenne des procédures, pour les types de procédures qui à notre avis s'y prêtent.
95	Pour 94.1.1, les causes jugées par le Tribunal criminel sont considérées comme graves et pour 94.1.2, ce sont les causes jugées devant le Tribunal de police qui ont été retenues. Le Tribunal pénal des mineurs n'est pas inclus dans les statistiques.
96	8a) et b) 9a) et b): le système Juris, tel que configuré à Neuchâtel, ne permet pas d'identifier les infractions graves et mineures en matière de LCR. Il faudrait procéder avec une recherche par article. En outre, les cas enregistrés selon un article, tels que renvoyés par le ministère public, sont parfois jugés sur la base d'autres articles par les tribunaux de 1 ^{ère} instance.
98.9c	La cour pénale du Tribunal cantonal est saisie de tous les appels. Il n'y a pas de critère permettant de distinguer les cas graves de ceux qui ne le sont pas. Il n'est pas non plus possible de faire une recherche par article pour les infractions à la LCR.
104	Les autorités judiciaires neuchâteloises ont établi des outils de contrôle dès 2011. Calcul de la durée moyenne des procédures: durée estimée d'écoulement du stock d'affaires pendantes=365/ratio de rotation des affaires. De ce ratio, on retire 10% des cas les plus courts et 10% des cas les plus longs.
115.1	Comme les autres magistrats, le ministère public fait partie des autorités judiciaires et les procureurs sont élus par le Parlement. Les autorités judiciaires sont autonomes et ne dépendent pas du pouvoir exécutif. Il convient de noter que l'autonomie des AUJU, bien qu'à présent reconnue par les pouvoirs exécutifs et législatifs, n'est pas encore légalement institutionnalisée.
E2	La LMSA prévoit que sont éligibles les suisses qui ont l'exercice des droits civils. Dans la réalité, les parlementaires élisent des personnes qui ont un brevet d'avocat et une expérience professionnelle dans le domaine juridique suffisante. A l'occasion d'un rapport remis au Grand Conseil par la CAAJ le 28 juin 2013, cette dernière a demandé au Grand Conseil de mentionner dans la loi l'obligation pour les candidats aux postes des juges d'être titulaire du brevet d'avocat.

156.4	Les avocats neuchâtelois respectent le code suisse de déontologie de la FSA en plus de la loi sur la profession d'avocat. Pour la question 155, les avocats peuvent négocier leurs honoraires dans la mesure où les règles de déontologie sont respectées.
G1	Le canton de Neuchâtel avait en 2011 soumis à consultation un projet de loi réglant la médiation. Celui-ci est cependant resté sans suite. Les associations de médiateurs du canton souhaitent contacter le Conseil d'Etat pour relancer ce projet. Pour l'instant, la médiation n'est pas encore très développée à Neuchâtel.
170a	Le nombre d'agents d'exécution ne peut être chiffré précisément car il comprend non seulement les greffiers et tous les employés des offices de poursuites et faillites (39.9 EPT dans les offices de poursuites et 13.8 EPT pour les offices des faillites) mais également les mandataires des tribunaux et des offices précités, comme la police par exemple.
H2	<p>Selon l'art. 10 LPMPA, entrée en vigueur le 1^e janvier 2011, le service pénitentiaire exécute les tâches confiées au département en matière d'application et d'exécution des sanctions pénales. Il prend les décisions relatives à la planification, à l'organisation et au contrôle de l'exécution des condamnations pénales et requiert, à cette fin, tous les avis utiles. Il est compétent pour prendre toutes les décisions d'application et d'exécution qui ne sont pas attribuées à une autre autorité ou au juge, notamment lorsqu'il y a concours de plusieurs sanctions (O-CP-CPM). Il traite les demandes de transfèrement des personnes condamnées. Il assure enfin la surveillance sur la mise en œuvre de l'exécution.</p> <p>Selon l'art. 16 de cette même loi, l'autorité de probation garantit, durant l'exécution de la peine, l'assistance prévue aux articles 93 à 96 CP. Le service de probation est désigné en tant qu'autorité de probation et de contrôle.</p> <p>Selon l'art. 18 LPMPA, les établissements de détention sont compétents pour l'exécution stationnaire des sanctions pénales. Les établissements thérapeutiques appropriés exécutent les mesures pénales.</p> <p>Selon l'art. 19 LPMPA, la commission de dangerosité se compose de trois ou cinq membres, avec un suppléant chacun, nommés par le Conseil d'Etat au début de chaque législature. Elle comprend au moins un représentant des autorités de poursuite pénale, un représentant des autorités d'exécution, un représentant des milieux de la psychiatrie et, avec voix consultative, un représentant du service pénitentiaire.</p> <p>Dans les cas prévus aux articles 62d alinéa 2, 64b et 75a CP, le juge et le service pénitentiaire requièrent l'appréciation de la commission de dangerosité. Dans ces cas, elle est compétente pour apprécier le caractère dangereux pour la collectivité des auteurs ou de personnes détenues. Cette appréciation fait l'objet d'un préavis qu'elle rend sur requête de l'autorité. Un préavis de la commission peut en outre être requis par l'autorité dans d'autres cas.</p>

ST. GALLEN – Kommentare 2012

Q	Kommentar														
6.1a	<ul style="list-style-type: none"> - Kantonsgericht, Kreisgerichte: festangestellte Richter - Verwaltungsgericht: Präsident - Versicherungsgericht: vgl. sep. Liste mit 9 Richter/innen - Verwaltungsrekurskommission: hauptamtliche Richter - Hinweise: <ul style="list-style-type: none"> • brutto <u>ohne</u> Arbeitgeberbeiträge • Versicherungsgericht inkl. nebenamtliche Richter zufolge Festanstellung • ohne Schlichtungsbehörden 														
6.1b	<p>Suppleanten</p> <ul style="list-style-type: none"> - Kantonsgericht: Ersatzrichter (inkl. Handelsrichter) - Anklagekammer: nebenamtliche Mitglieder und Ersatzmitglieder - Hinweise: <ul style="list-style-type: none"> • brutto <u>ohne</u> Arbeitgeberbeiträge • ohne Schlichtungsbehörden 														
6.1c	<ul style="list-style-type: none"> - Kantonsgericht: nebenamtliche Mitglieder Anwaltskammer und nebenamtliche Mitglieder Prüfungskommissionen (die dazugehörigen Berufsrichter (Präsidien) siehe Festanstellungsbeiträge Kantonsgericht) - Kreisgerichte: nebenamtliche Mitglieder (Konten 300020 und 300024) - Verwaltungsjustiz: <ul style="list-style-type: none"> • Versicherungsgericht: nebenamtliche Mitglieder siehe 6.1a, da fest angestellt, 6.1c siehe aber Konto 300020 • Verwaltungsrekurskommission: nebenamtliche Mitglieder - Hinweise: <ul style="list-style-type: none"> • brutto <u>ohne</u> Arbeitgeberbeiträge • ohne Schlichtungsbehörden 														
6.1d	<ul style="list-style-type: none"> - Besoldungen übriges festangestelltes Personal (inkl. Aushilfskredit) - Hinweise: <ul style="list-style-type: none"> • brutto <u>ohne</u> Arbeitgeberbeiträge • ohne Schlichtungsbehörden 														
6.1a – 6.1d	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td colspan="2">Kontrollrechnung</td> </tr> <tr> <td style="width: 100px;">6.1</td> <td style="text-align: right;">30'491'500</td> </tr> <tr> <td>6.1a</td> <td style="text-align: right;">12'353'800</td> </tr> <tr> <td>6.1b</td> <td style="text-align: right;">722'000</td> </tr> <tr> <td>6.1c</td> <td style="text-align: right;">855'200</td> </tr> <tr> <td>6.1d</td> <td style="text-align: right;">12'851'800</td> </tr> <tr> <td>Arbeitgeberbeiträge</td> <td style="text-align: right;">3'708'700</td> </tr> </table>	Kontrollrechnung		6.1	30'491'500	6.1a	12'353'800	6.1b	722'000	6.1c	855'200	6.1d	12'851'800	Arbeitgeberbeiträge	3'708'700
Kontrollrechnung															
6.1	30'491'500														
6.1a	12'353'800														
6.1b	722'000														
6.1c	855'200														
6.1d	12'851'800														
Arbeitgeberbeiträge	3'708'700														
6.4, 6.5	Nicht enthalten in Budget Justiz														
6.6	Konto: 9002.309100														
9	Rechnungsbücher Staatsrechnung Voranschlag 2012 ohne Schlichtungsbehörden. Kontogruppe 9.431 (431000, 431100, 431101, 431102, 431900)														
12.0	- Betrag nur Zivil- / Straf- / Verwaltungsjustiz (inkl. Staatsanwaltschaft)														

	<p>unentgeltliche Rechtsverteidigung somit ohne unentgeltliche Rechtspflege in Verwaltungsverfahren:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Stufe Gericht: Konto 9.318721 • Stufe Staatsanwaltschaft: Konto 7352.318710 + 318721 <p>- Betrag enthält die Entschädigungen für Rechtsverteidigungen, nicht aber die Gerichtskosten</p>												
12.1a	<p>Gesamtbetrag betreffend Staatsanwaltschaft und Gerichte: 1'650'000. Begründung: Die Staatsanwaltschaft spricht URP nicht nur für das Untersuchungsverfahren sondern auch für die Gerichtsebene 1. Instanz. Der auf die Gerichte entfallende Anteil beträgt gemäss Einschätzung Staatsanwaltschaft ca. 80% (=1'320'000).</p>												
12.1b	<p>ohne Anteil Gerichtskosten, ohne Berücksichtigung allfälliger Rückforderungen (vgl. Konto 436224)</p>												
13	<p>Rechnungsbücher Staatsrechnung Voranschlag 2012, Seite 57, netto Aufwandüberschuss (Kostenstelle 735)</p>												
42.3	<p>Gerichtsliegenschaften:</p> <table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 80%;">- KG (inkl. AK und HGer):</td> <td style="text-align: right;">1</td> </tr> <tr> <td>- VG:</td> <td style="text-align: right;">1</td> </tr> <tr> <td>- KrG:</td> <td style="text-align: right;">7</td> </tr> <tr> <td>- VersG:</td> <td style="text-align: right;">1</td> </tr> <tr> <td>- VRK:</td> <td style="text-align: right;">1</td> </tr> <tr> <td>Zwischentotal</td> <td style="text-align: right;">11</td> </tr> </table> <p>Gerichtssäle (Tagungsorte: Lokal mit separatem Standort) - KrG: je 1 auswärtiger Tagungsort, d.h. zusätzlich 7 (Anmerkung: Die Kreisgerichte haben in der Regel mehr als 1 Tagungsort [aus politischen Gründen: frühere Bezirke]. Da ein Grossteil der Verhandlungen in internen Gerichtssälen stattfindet, werden die externen Tagungsorte eher selten benutzt. Es rechtfertigt sich daher als Durchschnitt einen externen Tagungsort pro Kreisgericht anzunehmen.)</p>	- KG (inkl. AK und HGer):	1	- VG:	1	- KrG:	7	- VersG:	1	- VRK:	1	Zwischentotal	11
- KG (inkl. AK und HGer):	1												
- VG:	1												
- KrG:	7												
- VersG:	1												
- VRK:	1												
Zwischentotal	11												
54	<p>Zuständigkeit im Bereich EDV und Immobilienbewirtschaftung/-unterhalt obliegt der Regierung.</p>												
91.1.1 - 91.4.1	<p>Die Anwaltskammer ist nicht enthalten in der Gesamtzahl.</p>												
94	<p>Gemäss Erklärung Bundesgericht: mangels separater Erfassung "schwere Straftaten" sind Kollegialfälle aufgeführt.</p>												
97.1.1 - 97.4.1	<p>Siehe Gesamtübersicht Amtsbericht 2012, Seite 17, abzüglich</p> <ul style="list-style-type: none"> - Strafkammer - Handelsgericht - Anklagekammer - Anwaltskammer - Einzelrichter Rechtshilfe - Kantonsgerichtspräsidium <p>inklusive verfahrensleitende Verfügungen</p>												
149.4	<p>Verwaltungsprozesse: Rechtsagenten in Verfahren vor der Verwaltungsrekurskommission und vor dem Versicherungsgericht; freie Wahl berufsmässige Vertretung in allen Verfahren, freie Vertretung in Schätzungs- und Abgabeverfahren.</p>												

Schaffhausen 2012

Question	Commentaires
6.1	Nur eigentliche Bruttolöhne; die Arbeitgeberbeiträge an die Sozialversicherungen (ca. 21% der Lohnsumme) können nicht nach diesen Kategorien differenziert werden.
6.1a	Berufsrichter gemäss Q46. Die Löhne der Schlichtungsbehörden, die über das (kantonale) Gerichtsbudget finanziert werden, sind in Q6.1d erhalten.
6.1b	Fallweise eingesetzte Ersatzrichter gemäss Q48
6.1c	Mitglieder/Ersatzmitglieder der Spezialverwaltungsgerichte gemäss Q49; es sind auch die Löhne der Sekretariatsmitarbeitenden enthalten, die nicht separat budgetiert werden.
6.1d	Einschliesslich Schlichtungsbehörden (Friedensrichter CHF 162'900, Schlichtungsstelle für Mietsache CHF 167'300, Schlichtungsstelle bei Diskriminierungen im Erwerbsleben CHF 2'500) sowie Betreibungsämter und Konkursamt (insgesamt CHF 2'071'700)
A2	Ab 2011: neues Staatsanwaltschaftsmodell (Integration der Funktionen des bisherigen Untersuchungsrichteramts, der Jugendanwaltschaft und des Verkehrsstrafsamts in die Staatsanwaltschaft). Friedensrichterämter (bisher kommunal) neu kanton (allgemeine Schlichtungsbehörden); im Budget der Gerichte enthalten.
A2.3	Staasvoranschlag 2012 des Kantons Schaffhausen (gemäss Beschluss des Kantonsrats); Geschäftsbericht 2012 des Kantons Schaffhausen (mit Staatsrechnung 2012)
15.a	Zu 8 und 9: es gibt keine eigentlichen, als solche ausgeschiedenen Generalsekretariate; die Justizverwaltung obliegt den Leitenden Gerichtsschreibern der Gerichte in Zusammenarbeit mit dem Gerichtspräsidium bzw. der Geschäftsleitung der Staatsanwaltschaft (bestehend aus dem Erster Staatsanwalt und Leitende Staatsanwälte). Zu 16: Friedensrichterämter und weitere (spezielle Schlichtungsbehörden); Spezialverwaltungsgerichte („Kommissionen“)
43.9	Dieses Gericht ist (entsprechend der angegebenen Definition) das Obergericht als Verwaltungsgericht (einschliesslich Sozialversicherungsgerichtsbarkeit); es wurde in den bisherigen Erhebungen zu den erstinstanzlichen Verwaltungsgerichten gezählte.
43.12	Vgl. Bemerkung zu Q. 42.2
45	Für alle genannten Fälle ist erstinstanzlich das Kantonsgericht zuständig (ordentliches erstinstanzliches Gericht).
49	Mitglieder und Ersatzmitglieder der Spezialverwaltungsgerichte (soweit nicht schon in Q 46 und 48 enthalten); sie kommen nur fallweise zum Einsatz.
52.3b	Keine Generalsekretariate und keine spezifische Personalverwaltung; diese Funktion nehmen die Leitenden Gerichtsschreiber wahr.
C1	Quellen zu 46, 48, 49 & 52: Stellenplan des Kantons Schaffhausen; Amtsbericht des Obergerichts an den Kantonsrat Schaffhausen
64.1 & 7	64.1 und 7: formelle elektronische Übermittlung
64.3	Das Kreuz betrifft die Möglichkeit des informelle Mail-Verkehr zwischen Gericht und Parteien. Eine direkte (automatisierte) Auskunft kann bei keiner Justizbehörde eingeholt werden.

64.5 & 6	Nicht berücksichtigt ist die bei den Betreibungsämtern mögliche Kommunikation via eSchKG.
95	Zwischen schweren Straftaten und Bagatelldelicten wird statistisch nicht differenziert. Entsprechend den Erklärungen des Bundesgerichts nach den Sitzungen von Ende November 2013 werden in Q.94-8) "schwere Straftaten" die von einer Kammer beurteilten Fälle, in Q. 94-8) „Bagatelldelicten“ die von einem Einzelrichter beurteilten Fälle angegeben.
91.1	Q 91-1) Nicht enthalten sind die (vorgerichtlichen) Fälle und Erledigungen bei den Schlichtungsbehörden.
91.1c)	Q 91-1c) Die arbeitsrechtlichen Fälle werden statistisch nicht separat erfasst; sie sind in den "andern" Fällen des [Zivil- und] Obligationenrechts enthalten (Q91-1e)
94-8 & 9	Vgl. Bemerkungen bei Q95
97.6	Hier sind nur Rechtsmittel gegen Entscheide verwaltungsunabhängiger Justizbehörden angegeben. Rechtsmittel gegen Entscheide von Verwaltungsbehörden, über welche das Obergericht als erstes Gericht entscheidet, sind in Q. 91-6) enthalten.
98.9	Vgl. Bemerkungen bei Q 98.8
101	Hier sind alle Scheidungen angegeben; es wird statistisch nicht zwischen streitigen und nicht streitigen Scheidungen unterschieden.
107 (11-14)	Für 2012 handelt es sich um die Zahlen der „neuen“ Staatsanwaltschaft nach Einführung des Staatsanwaltschaftsmodells. Diese Zahlen können grundsätzlich nicht mit denjenigen aus früheren Erhebungen verglichen werden.
107a	Für 2010 handelt es sich um die Zahlen des (damals selbstständigen) Verkehrsstrafamts, für 2012 um diejenigen der Verkehrsabteilung der Staatsanwaltschaft. Sie betreffen weit überwiegend den Strassenverkehr. Enthalten sind aber grundsätzlich auch Strafsachen im Zusammenhang mit dem Verkehr zu Wasser und in der Luft. Nicht enthalten sind dagegen allfällige Verkehrsstrafsachen bei der Jugendanwaltschaft (heute ebenfalls eine Abteilung der Staatsanwaltschaft).
132.2	Kantonsrichter (=1. Instanz) der oberen Stufe; Maximum
132.3	Oberrichter ohne Vorsitzfunktion nach 3 Jahren (bei Amtsantritt sind es CHF 181'298)
132.4	Oberrichter ohne Vorsitzfunktion; Maximum (das nach 5 Jahren erreicht wird)
132.5	Minimum des für einen Staatsanwalt geltenden Lohnbands. Die konkrete Lohneinreihung bei der Anstellung richtet sich aber nicht zwingend am Minimum aus.
132.6	Maximum für einen Staatsanwalt geltenden Lohnbands.
149	Anwaltsmonopol (für eingetragene Anwälte) generell bei der Verteidigung Beschuldigter (art. 127 abs. 5 StPo), im Übrigen grundsätzlich nur bei gewerbmässiger Vertretung vor Gericht. Ansonsten kann ein allfälliger Vertreter frei gewählt werden. In Zivil- und Verwaltungsfällen gibt es auch bei gewerbmässiger Vertretung Ausnahmen von Anwaltsmonopol: Berufs- und Arbeitersekretäre sowie andere Personen in ähnlicher Stellung in mietrechtlichen, arbeitsrechtlichen und sozialversicherungsrechtlichen Fällen; Liegenschaftsverwalter in mietrechtlichen Fällen, Treuhänder in Steuersachen und sozialversicherungsrechtlichen Beitragsstreitigkeiten; qualifizierte Praxen für Sozialversicherungsrecht.
G.1	Bei Q 163 (Einleitungsfrage) wird im deutschen Text nach "angeordneten oder vorgeschlagenen" Mediationsverfahren gefragt, bei Q 163.1 nach "obligatorischen" Mediationsverfahren. Gemäss Erläuterungen der CEPEJ zu dieser Frage geht es denn auch um ein „obligatorisches“ Mediationsverfahren (prozessual als obligatorisch vorgesehen oder vom Gericht angeordnet, also nicht nur empfohlen).

	<p>Im Kanton Schaffhausen gibt es (nur) die Mediationsverfahren gemäss Art. 213 ff. ZPO, Art. 17 JStPO und Art. 8 BG-KKE. Im allgemeinen Zivilprozess gibt es demnach kein obligatorisches, autoritativ angeordnetes Mediationsverfahren. Im Jugendstrafverfahren „kann“ ein Mediationsverfahren angeordnet werden; machen die Behörden von dieser Möglichkeit Gebrauch, ist das Mediationsverfahren obligatorisch. Im BG-KKE ist ein Mediationsverfahren alternativ zu einem „Vermittlungsverfahren“ vorgesehen, soweit das nicht schon die Zentrale Behörde veranlasst hat; das Obligatorium ist in diesem Sinn beschränkt. Dementsprechend umfasst das „ja“ bei Q. 163 auch die Möglichkeit der Empfehlung eines Mediationsverfahren in Zivilsachen, bei Q163.1 nur das Jugendstrafverfahren und (mit der genannten Beschränkung) das Verfahren bei Kindesentführung. In all diesen Fällen kommen private Mediatoren zum Einsatz (vgl. Q. 164). Es gibt keine formell zugelassenen bzw. akkreditierte Mediatoren (vgl. Q166). Über die Mediationsverfahren gibt es sodann keine Statistik (vgl. Q. 167). Generell nicht erfasst ist das Schlichtungsverfahren gemäss Art. 197 ff ZPO (das laut Erläuterungen der CEPEJ wohl nicht unter „médiation“, sondern unter „conciliation“ fällt).</p>
170	<p>Mitarbeitende der Betreibungsämter und des Konkursamts. Nicht enthalten sind die Einzelrichter des Kantonsgerichts (erste Instanz), die für die Vollstreckung von Gerichtsentscheiden zuständig sind, die nicht auf Geldzahlungen gerichtet sind. An den Gerichten gibt es keine eigentliche „Vollstreckungsbedienstete“.</p>
199	<p>Im Kanton Schaffhausen gibt es keine formell akkreditierte Gerichtsdolmetscher/-innen. Die Schaffhauser Polizei führt eine Liste mit (von ihr überprüften) Personen, die fallweise für Übersetzungsdienste beigezogen werden können. Es können aber auch Personen ausserhalb dieser Liste beigezogen werden.</p>

Umfrage der Commission européenne pour l'efficacité de la justice 2013

Kantonale Berichterstattung an das Generalsekretariat des Bundesgerichts durch
Berichterstatter Roman Staub
Roman.staub@bd.so.ch
032 627 73 34

8.2 Exécution des décisions pénales / Vollzug der Strafurteile

H.2 Veuillez indiquer ci-dessous les caractéristiques de votre système d'exécution des décisions pénales et les réformes majeures mises en œuvre au cours des deux dernières années

Wir bitten Sie, hier unten die Merkmale ihres Vollzugssystem sowie die wesentlichen Reformen, die während den zwei letzten Jahren durchgeführt wurden, anzugeben.

- Die Organe des Justizvollzuges sind im Kanton Solothurn im Amt für Justizvollzug zusammengefasst.
- Neue Justizvollzugsanstalt für total 96 Insassen, welche im Jahr 2014 in Betrieb geht. Neu bietet der Kanton geschlossenen Strafvollzug an. Die 66 Plätze im offenen Strafvollzug (Strafanstalt Schöngrün) fallen per November 2014 weg.
- Prozesse bei der einweisenden Behörde wurden in den vergangenen zwei Jahren überprüft und teilweise angepasst.
- Neue Gesetzgebung, welche voraussichtlich im Jahr 2014 (per 1. Juli) in Kraft treten wird (neues Justizvollzugsgesetz, mit dazugehöriger Justizvollzugsverordnung und den Hausordnungen für die Justizvollzugsanstalt und die Untersuchungsgefängnisse).

15.1.2014/rsta

Ticino 2012

Question	Commentaires
82	Accertamenti specifici svolti dal Consiglio sulla magistratura in sede di elaborazione del rapporto annuale sul funzionamento della magistratura.

Valais 2012

Question	Commentaires
6	Les budgets jusqu'à 2010 contiennent le ministère public.
6.1	Les comptes jusqu'à 2010 contiennent le ministère public.
6.1 a-d	Différence entre juges de carrière, juges assesseurs et juges suppléants faisable disponible facilement et pas représentatif en Valais
13	Le ministère public est indépendant financièrement et logistiquement depuis 2011
A2	Budgets annuels 2010 et 2012 http://www.vs.ch/NavigData/DS_315/M22262/fr/Budget%202010.pdf http://www.vs.ch/NavigData/DS_315/M27157/fr/Budget_2012.pdf Comptabilité SAP
15.1	Les chiffres fournis en 2010 représentent les dépenses pour les tribunaux ainsi que le ministère public, hors département de la justice et exécution des peines. Nous avons repris pour 2012 les mêmes informations. Les données de l'ensemble du système ne sont pas connues du Tribunal.
38	Enquêtes menées lors de l'inspection annuelle des tribunaux ainsi que satisfaction des collaborateurs lors des qualifications.

ZUG – Kommentare 2012

Q	Kommentar
Deckblatt	<p>Das Obergericht ist im Kanton Zug die obere Instanz in Zivil- und Strafsachen. Dem Obergericht ist neben den erstinstanzlichen Gerichten auch die Staatsanwaltschaft unterstellt.</p> <p>Die Zahlen der Verwaltungsrechtspflege wurden beim Verwaltungsgericht erhoben. Das Verwaltungsgericht ist (fast) einzige kantonale Instanz in Verwaltungssachen und vom Obergericht völlig unabhängig. Seit 2012 ist die Schätzungskommission, ein erstinstanzliches Spezialverwaltungsgericht, neu dem Verwaltungsgericht unterstellt und wird daher erstmals in diesem Fragebogen erfasst.</p>
1	Für den Vergleich zwischen den Kantonen wäre auch die Anzahl der Firmen sehr wichtig. Allein auf die Anzahl Einwohner abzustellen, ist wenig aussagekräftig.
6.1	inkl. jur. und kaufm. Sekretariat von Anwaltsprüfungskommission, Aufsichtskommission über die Rechtsanwälte und Schlichtungsbehörde für arbeitsrechtl. Streitigkeiten (Kommissionsmitglieder vgl. Ziff. 6.7.). inkl. Aushilfen und Praktikanten. Für 2010 und 2012, soweit wie möglich ohne Staatsanwaltschaft. Bis 2008 inkl. STA.
6.2	Zahlen ab 2010, soweit wie möglich ohne Staatsanwaltschaft (ausser IR). Budget 2010 ist höher als üblich, da neue Software (Tribuna V3) eingeführt.
6.4	Unterhalt Gebäude und Mobiliar werden nicht durch die Gerichte sondern zentral für den ganzen Kanton durch die Baudirektion budgetiert.
6.5	Gebäude werden nicht durch die Gerichte sondern zentral für den ganzen Kanton durch die Baudirektion budgetiert. Das Obergericht hat zwar 2011 ein neues Gebäude bezogen (Umbau eines bestehenden Gebäudes, welches vorher nicht von den Gerichten benutzt worden war). Dafür sind sicher 2010 Planungs- und Baukosten angefallen. Diese Kosten waren aber nicht Teil des Budgets der Gerichte.
6.7	Mitglieder Aufsichtskommission über die Rechtsanwälte, Anwaltsprüfungskommission, Schlichter Arbeitsrecht, Dolmetscher, usw. Ohne kaufm. und jur. Sekretariat der Kommissionen, da diese Kosten in Q 6.1 enthalten sind und nicht getrennt werden können.
7	Die Finanzierung der Friedensrichterämter erfolgt durch die Gemeinden und ist nicht im Gerichtsbudget enthalten. Im Gerichtsbudget enthalten ist aber die Schlichtungsbehörde für arbeitsrechtl. Streitigkeiten (vgl. Q 6.7)
9	Die auferlegten Gerichtsgebühren und -kosten werden verbucht. Sie werden in Q 9 angegeben. Ein relativ grosser Anteil davon ist nicht einbringlich und muss wieder abgeschrieben werden.
13	Ohne Polizeikräfte, inkl. Massnahmekosten in Jugendstrafverfahren. Ab 2010 wurde versucht, die Kosten der Staatsanwaltschaft bei den Gerichten herauszunehmen. Gewisse Kosten (z.B. ein Teil der IT-Kosten) werden aber für die ganze Zivil- und Strafrechtspflege zentral beim Obergericht budgetiert. Die hier angegebenen Kosten sind daher nicht ganz alle Kosten der Staatsanwaltschaft. Betreffend Gebäude, vgl. Bemerkung zu Q 6.4.
15.2	Ziff. 5: Vollzugs- und Bewährungsdienst (VBD), d.h. es ist nur die

	<p>Vollstreckung von Strafen berücksichtigt. Ziff. 10: Die Betreibungsämter sind im Gerichtsbudget nicht enthalten. Ziff. 16: Anwaltsprüfungskommission, Aufsichtskommission über Rechtsanwälte, Schlichtungsbehörde Arbeitsrecht, Schätzungskommission, Vollzug Jugendstrafen und -massnahmen, usw. Nicht enthalten sind die Kosten der Polizei.</p>
42.2	<p>Erst seit 2012 ist die Schätzungskommission, ein erstinstanzliches Spezialverwaltungsgericht, dem Verwaltungsgericht unterstellt. Zuständigkeit: Schätzungen von Grundstücken.</p>
43.8 - 12	<p>Das Verwaltungsgericht ist im Kanton Zug in den meisten Fällen gleichzeitig 1. und letzte kantonale Gerichtsinstanz in Verwaltungssachen. Es wurde als 2. Instanz gezählt. Seit 2012 ist die Schätzungskommission, ein erstinstanzliches Spezialverwaltungsgericht, dem Verwaltungsgericht unterstellt. Es wurde überall als 1. Instanz gezählt.</p>
45	<p>Betreibung und Kündigung: Kantonsgericht (1. Instanz in Zivilsachen), eines für den ganzen Kanton, d.h. 1 Gericht, unabhängig vom Streitwert. Raub = Strafgericht (1. Instanz in Strafsachen), d.h. 1 Gericht für den ganzen Kanton. Beide Gerichte sind geografisch am gleichen Ort (im gleichen Gebäude). Sie sind nicht auf diese Bereiche spezialisiert sondern für alle Zivil- bzw. Straffälle zuständig. Es hat im Kanton Zug für sämtliche Forderungen nur 1 Gericht 1. Instanz (Kantonsgericht).</p>
47	<p>Jedes Gericht hat einen Präsidenten oder eine Präsidentin (KG, SG, OG, VG). Der Präsident der Schätzungskommission ist im Nebenamt tätig. Er ist daher bei Q 47 nicht aufgeführt.</p>
48	<p>Angaben ab 2010: Anzahl Köpfe. Angaben ab 2012: Schätzung umgerechnet auf Vollzeitstellen, genaue Zahlen werden nicht erhoben.</p>
52	<p>Es gibt kein eigentliches Generalsekretariat. Die Juristen, welche für Personal und Verwaltung der Gerichte zuständig sind, arbeiten meist auch als "normale" Gerichtsschreiber. Zudem kann der Anteil Verwaltungspersonal für den Bereich Personal und Verwaltung nicht eruiert werden; es sind die gleichen kaufm. Mitarbeitenden, welche auch im Bereich Rechtsprechung tätig sind. Alle Juristen wurden daher unter Gerichtsschreiber und das Sekretariat/Kasse (alle kaufm. Mitarbeitenden) unter Verwaltungspersonal aufgeführt.</p>
56	<p>Es gibt nur 1 Staatsanwalt im ganzen Kanton. Der Leitende Oberstaatsanwalt leitet die Staatsanwaltschaft; er hat 1 Stellvertreter. Zudem gibt es 4 Leitende Staatsanwälte, die die 4 Abteilungen der Staatsanwaltschaft leiten und dem Leitenden Oberstaatsanwalt und seinem Stellvertreter unterstellt sind (Stand: Ende 2012).</p>
60	<p>2008: noch mit Untersuchungsbeamten/Assistenzstaatsanwälten, da für diese keine eigene Frage vorhanden war. Ab 2010: ohne Staatsanwälte und ohne Untersuchungsbeamte/Assistenzstaatsanwälte, d.h. ohne Personen aus den Fragen 55 und 57.</p>
63.2	<p>Geht es um ein IT-System zur Verwaltung der Fälle? Falls ja, ist die Antwort 100%. Geht es um ein IT-System zur Verwaltung der Gerichte (Personal usw.), ist die Antwort 0%.</p>

91.1.1 - 91.4.1c	Ab 2010: inkl. alle Verfahren betr. Schuldbetreibungen und Konkurs, auch summarische, inkl. Organisationsklagen i.S.v. Art. 731b OR. Zusätzlich wurden 2012 insgesamt 275 Fälle von der Schlichtungsbehörde Arbeitsrecht erledigt. Davon wurden 179 endgültig erledigt und in 96 Fällen wurde eine Klagebewilligung ausgestellt. Diese Fälle können nicht unter Q 91 eingeschlossen werden, da sie sonst teilweise doppelt erscheinen würden. 2010 waren es 301 Erledigungen, 159 endgültige und 142 Klagebewilligungen.
94.1.1 – 94.4.1	Alle erledigten Straffälle beim Strafgericht (inkl. Jugendgericht). Antragsdelikte werden nicht separat erfasst. Die Unterscheidung Zuständigkeit Einzelrichter bzw. Kollegialgericht ergibt keinen Sinn. Im Kanton Zug ist der Einzelrichter für Strafen bis zu 2 Jahren Freiheitsstrafe zuständig. Das sind keine Bagatelldelikte. Zahlen 2008: waren noch alle Straffälle gegen Erwachsene beim Kollegialgericht, d.h. über 1 Jahr Freiheitsentzug, inkl. Strafbefehle durch die Staatsanwaltschaft. Die Zahlen sind erst ab 2010 vergleichbar.
95	Vgl. Bemerkung zu Frage 94
98.1.1 – 98.4.1	Alle erledigten Straffälle beim Obergericht. Antragsdelikte werden nicht separat erfasst. Die Unterscheidung Zuständigkeit Einzelrichter bzw. Kollegialgericht wäre nur bei der 1. Instanz möglich und ergibt ohnehin keinen Sinn. Im Kanton Zug ist der Einzelrichter für Strafen bis zu 2 Jahren Freiheitsstrafe zuständig. Das sind keine Bagatelldelikte. In der 2. Instanz (Obergericht) ist immer das Kollegialgericht zuständig.
101.1.1 – 101.4.1	Ohne Konventionalentscheidungen.
101.1.2 – 101.4.2	Nur die Prozesse aus Arbeitsverträgen werden insgesamt erfasst.
101.1.4 – 101.4.4	Raub inkl. Vorbereitungshandlungen zu Raub, nur Gericht 1. Instanz, ohne Strafbefehle durch STA.
102.1.2 – 102.4.2	Nur Arbeitsstreitigkeiten werden insgesamt erfasst.
107	Anzahl Fälle
107a+b	Anzahl Rechtsgebiete. Pro Fall gibt es häufig mehrere Rechtsgebiete.
107.1.1 – 107.1.4	Bei der STA eingereicht = inkl. vom Vorjahr anhängige Fälle. Verfahren gegen Erwachsene und Jugendliche. Alle Straffälle inkl. SVG.
108	Falls nur das Total der 3 Kategorien gemeint ist, wäre hier die Antwort na . Falls alle Erledigungen gemeint sind, die weder zu einem Strafbefehl noch zu einer Anklage beim Gericht führten, wäre die Antwort 2'609 . Darin enthalten sind aber z.B. auch 245 Abtretungen innerhalb der STA oder an einen anderen Kanton, 191 einstweilige Einstellungen, 19 provisorische Einstellungen und 518 Vereinigungen.
121.1	Nicht eigentliche Versetzung. Höchstens innerhalb des Gerichts, in welches der Richter gewählt wurde, Zuteilung anderer Fälle oder "Versetzung" in eine andere Abteilung dieses Gerichts (die Gerichte konstituieren sich selbst; die "Versetzung" in eine andere Abteilung wäre daher theoretisch durch Mehrheitsbeschluss möglich.
123	Weder ja noch nein. Die Staatsanwälte werden nicht gewählt, weder auf

	eine feste Amtsdauer noch auf Lebenszeit. Sie werden durch das Obergericht mit einem normalen unbefristeten Arbeitsvertrag angestellt und können unter den gleichen Voraussetzungen entlassen werden, wie alle anderen Angestellten des Kantons.
124	Die Probezeit dauert wie bei allen anderen Angestellten des Kantons 3-6 Monate (vgl. Bemerkung zu Frage 123)
132.1 – 132.5	Das angegebene Gehalt entspricht der tiefsten Einstufung ohne oder mit sehr wenig Berufserfahrung. Da solche Funktionen i.d.R. mit bereits erfahrenen Personen besetzt werden, sind die Anfangsgehälter in der Praxis meist höher. Alle Gehälter wurden ohne allfällige Kinder-, Familien-, Treue- und Erfahrungszulagen angegeben, da diese sehr unterschiedlich sind.
132.6	Das angegebene Gehalt entspricht der höchsten Einstufung für einen Staatsanwalt (ohne Führungsaufgaben) in der Wirtschaftsabteilung. Das höchste Gehalt für die Staatsanwälte der anderen Abteilungen beträgt 213'697 brutto bzw. 154'436 netto. Alle Gehälter wurden ohne allfällige Kinder-, Familien-, Treue- und Erfahrungszulagen angegeben, da diese sehr unterschiedlich sind.
149.1 – 149.3	Zivilfälle: vgl. Art. 68 Abs. 1 und 2 ZPO. Zusätzlich zu den Anwälten sind im Kanton Zug für die berufsmässige Vertretung auch Vertreter der entsprechenden Verbände in arbeits- und mietrechtl. Streitigkeiten berechtigt. Straffälle: vgl. Art 127 Abs. 4 und 5 StPO. Es gibt im Kanton Zug keine kantonalen Bestimmungen zur Vertretung in Strafverfahren (auch nicht für Übertretungen) und zur gewerbsmässigen Vertretung im SchKG-Bereich.
170	Anzahl Betreibungsbeamte und Stellvertreter ohne allfälliges Personal der Betreibungsämter. Anzahl Personen, unabhängig vom Pensum (kleinere Gemeinden haben Betreibungsbeamte im Sportelsystem; es kann nicht eruiert werden, wie hoch deren Pensum ist). Die Angaben gelten nur für Geldforderungen, nicht Realvollstreckung.
179	Guter Leumund, Fachkenntnisse. Zum Betreibungsbeamten und dessen Stellvertreter kann nur ernannt werden, wer das Fähigkeitszeugnis der Aufsichtsbehörde besitzt. Dieses wird nach bestandener Prüfung ausgestellt. Die Aufsichtsbehörde kann Personen, die über gleichwertige Prüfungsausweise verfügen oder sich in anderer Weise über ihre fachliche Befähigung ausgewiesen haben, die Prüfung ganz oder teilweise erlassen (§4 und 5 EG SchKG, BGS 213.1, und Verordnung über die Prüfung der Betreibungsbeamten, BGS 231.11).
202	"Experts juristes": NAP ausser z.T. für die Abklärung ausländischen Rechts.